



**Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.**

**Vortrag Prof. Dr. Hubert Weiger
Uni Eichstätt, Juli 2005**

Umweltschutz und soziale Verantwortung

Sehr geehrter Herr Dekan Prof. Dr. Bartosch, sehr geehrter Vorsitzender Prof. Dr. Günter Witzsch, lieber Günter, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Studentinnen und Studenten, liebe Engagierte und Aktive im Bund Naturschutz, verehrte Gäste. Es freut mich sehr, dass ich Ihnen im Rahmen dieser Veranstaltung zu dem Thema „Umweltschutz und Soziale Verantwortung“ einige Gedanken vortragen darf.

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger
1. Vorsitzender**

Das Thema des Vortrages ist, glaube ich, sehr wichtig und umfasst die Fortentwicklung der bisherigen Natur- und Umweltpolitik sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich. Denn es ist angesichts der zunehmenden Infragestellung der Umwelt- und Sozialpolitik als angeblich belastend bzw. überflüssiges Relikt einer prosperierenden Wohlstandsgesellschaft notwendiger denn je, die Unverzichtbarkeit der Umwelt- und Sozialpolitik herauszustellen und sie als die zwei Seiten der selben Medaille zu betrachten.

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Ich möchte Ihnen dazu im Folgenden kurz einige Gedanken, anknüpfend an die zweite UNO-Umweltkonferenz in Rio 1992, vortragen. Die erste UNO-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm hat sich mit dem Thema des sauren Regens befasst und damals erstmals auf Grund der spezifischen Betroffenheit der skandinavischen Länder transportiert, dass es dringend notwendig ist, in Fragen des Umweltschutzes, des Ressourcenschutzes und des Naturhaushaltsschutzes den Blick über die Grenzen zu richten und zu internationalen Vereinbarungen zu kommen. Die Skandinavier haben, obwohl sie selbst nur geringe Schwefeldioxid-Emissionen verursachten, darunter gelitten, dass ihre Seen durch die schwefelhaltigen Immissionen aus Zentral- und Mitteleuropa, beziehungsweise aus Großbritannien massiv versauerten. Das war die Geburtsstunde der Debatte um den „Sauren Regen“. In Deutschland haben wir damals gedacht: "Nun gut, das ist ein skandinavisches Problem". Denn viele unserer Seen waren damals aufgrund der kalkhaltigen Gesteine, die bei uns in vielen Regionen vorherrschen, noch nicht versauert. Wir haben erst sehr spät erkannt, dass der saure Regen auch andere und bis heute ungelöste weltweite Folgen hat, nämlich die Schadstoffeinträge über Säuren in unsere Waldökosysteme und in andere auf Versauerung sensibel reagierende Ökosysteme. Dieser Prozess dokumentiert sich bis heute sichtbar im Absterben der Wälder, was seit 15 Jahren eindrucksvoll im Nationalpark Bayerischer Wald deshalb zu sehen ist, weil dort die abgestorbenen Fichten nicht abgeräumt werden, sondern stehen bleiben. Erfolgreich ist es zwar der großen Bürgerbewegung gegen das Waldsterben mit Hilfe der Politik Anfang der 80er Jahre gelungen, die Schwefel-Emissionen durch Entschwefelung der Kohlekraftwerke und des schweren und leichten Heizöls innerhalb von 10 Jahren um 90 Prozent zu reduzieren. Damit haben sich zwar die durch Schwefelverbindungen bedingten Säureeinträge in die Umwelt deutlich verringert - und die Weißtanne hat darauf auch sehr positiv reagiert, aber diese Erfolge sind durch die Zunahme stickstoffhaltiger Emissionen und damit verbundenen Säureeinträge teilweise wieder zunichte gemacht worden, und deshalb sind bis heute die Wälder erheblich geschädigt.

Die Hoffnung der Umweltbewegung war natürlich sehr groß, dass es mit der zweiten UNO-Konferenz in Rio gelingen würde, weitere zentral drängende Themen weltweit einer Lösung zuzuführen, nämlich die Frage der "Erhaltung der Wälder" und die Frage der "Erhaltung des

Klimas" mit den Ansprüchen einer wachsenden Weltbevölkerung und den westlichen Wohlstandsmodellen. Erstmals wurde damit versucht, die ökologische Frage mit der sozialen Frage zu verknüpfen. Nun ist es der gesamten weltweiten Ökologiebewegung, unterstützt von der Sozialbewegung, in Rio 1992 immerhin gemeinsam gelungen, darauf hinzuweisen, dass es falsch ist zu sagen, „Ihr tropischen Regenwald-Nationen, Ihr habt die Verantwortung für die Weltressourcen und Ihr dürft deshalb die tropischen Regenwälder nicht zerstören“. Denn dann könnten wir uns als Industrienationen aus unserer eigenen Verantwortung stellen. Deswegen hat ja auch die 2. UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro in Brasilien stattgefunden, weil dort in Brasilien die größten, noch vorhandenen tropischen Regenwälder unserer Erde liegen. Die UNO-Konferenz in Rio hat aber folgerichtig dokumentiert, dass die Hauptverantwortung für die weltweite Natur- und Umweltzerstörung tatsächlich bei den Industrienationen dieser Erde liegt. Sie liegt damit bei rund 17,5 % der Weltbevölkerung, sie liegt damit auch bei uns in Mitteleuropa und sie liegt in den USA. Wir tragen als Industrienationen für die Umweltbelastung weltweit deshalb die Verantwortung, weil wir 80 % der weltweiten Ressourcen beanspruchen.

Aber wir beanspruchen diese Ressourcen nicht nur, indem wir sie bei uns verbrauchen - im Schnitt importiert allein Deutschland 10 % der weltweit geförderten Rohstoffe -, sondern auch durch die bei der Gewinnung und beim Transport verursachte Umweltbelastung und -zerstörung, die wir dadurch weltweit auslösen, und durch umweltschädliche Exportprodukte. Wir dürfen uns bei allen positiven Erfolgen der Umweltpolitik nicht täuschen lassen: Ein Teil unserer nationalen Umwelt-Erfolge hat seine Grundlage auch im Export von besonders umweltbelastender Industrie in andere Regionen dieser Welt. Wenn bei uns die Sondermüllverbrennungsanlagen still gelegt werden, heißt das ja nicht, dass bei uns kein Sondermüll mehr anfällt. Er wird nur außerhalb Deutschlands deponiert oder verbrannt und er wird in vielen Fällen unter wesentlich geringeren Umwelt- und Sozialstandards dort behandelt, als das bei uns der Fall ist.

Rio hat uns die Erkenntnis gebracht: Die Industrienationen können keinen Verzicht von anderen verlangen, solange sie nicht selbst bereit sind, drastisch ihre eigenen Ressourcenverbräuche zu reduzieren. Für die weltweite Entwicklung ist ein gemeinsames Leitbild notwendig. Deshalb ist in der Erklärung von Rio zur Umwelt und Entwicklung, die auch als solche völkerrechtlich beschlossen wurde, ein Prinzip zum weltweiten Grundprinzip gemacht worden, nämlich das Prinzip der Nachhaltigkeit. Dieses Prinzip wurde zum ersten Mal in Deutschland von Hans Carl von Carlowitz 1713 in seinem Lehrbuch „*Sylvicultura oeconomica*“ als die kontinuierliche, beständige und dauerhafte Nutzung des Waldes beschrieben. Von Carlowitz war kein Forstmann, sondern Bergwerksdirektor in Sachsen. Er hatte sich mit diesem Thema beschäftigt, da es damals im Erzgebirge eine massive Holznot gab, welche zum Erliegen des Bergbaus in Sachsen zu führen drohte. Denn für die Verhüttung war Holz der zentrale Rohstoff. Kohle war ja noch nicht als Brennstoff entdeckt, deswegen gab es eine enorme Nachfrage nach Holz, auch wegen des Bergwerkbaus. Hans Carl von Carlowitz hatte deshalb gesagt: Wir müssen in unseren Wäldern so wirtschaften, dass auch die kommenden Generationen genau den gleichen Nutzen der Holzernte aus dem Wald ziehen können wie wir selbst. Das heißt, nicht vom Kapital darfst du leben, sondern von den Zinsen des Kapitals. Und das ist im Wald nur möglich in einem langfristigen Prozess, der entsprechende Methoden erfordert, um immer die gleiche Menge, möglicherweise sogar noch mehr an Holz aus dem Wald für alle Generationen zu ernten. Von Carlowitz hatte auch - und das wird leider im Regelfall in unserer gesamten Nachhaltigkeitsdebatte vergessen – gleichzeitig die drastische Verringerung der Verbräuche durch bessere Technik der Verhüttung gefordert. Denn nur wenn wir den Holzverbrauch reduzieren, kann auch Holz auf Dauer nachhaltig bereitgestellt werden.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit hat also vor fast 300 Jahren Eingang gefunden in die mitteleuropäische Forstwirtschaft, ist in unserer Zeit nun um die ökologische Nachhaltigkeit erweitert worden und hat Eingang in die Rio-Deklaration gefunden. In dieser ist nämlich im Grundsatz festgelegt, dass der Mensch mit seinen Grundbedürfnissen auf ein gesundes Leben in Würde im Mittelpunkt steht und nicht die Wirtschaft. Und dieser Mensch hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, für ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur zu sorgen, und er muss sich um eine nachhaltige Entwicklung, die auch kommenden Generationen entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten gibt, bemühen. Nachhaltigkeit heißt damit: Die Entwicklungsansprüche des Menschen, also auch die Wachstumsansprüche der Industrienationen und der Schwellenländer, müssen den Primat der Nachhaltigkeit beachten. Denn das Recht auf Entwicklung muss so erfüllt werden, dass es den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entspricht.

Ich betone dies deshalb so besonders, weil einer der genialsten Umdeutungen der Rio-Deklaration das sog. magische Zieldreieck der Nachhaltigkeit war und bis heute ist. Dieses magische Zieldreieck besteht aus dem Dreiklang von Ökologie, Wirtschaft und Sozialpolitik. Inzwischen wird es so interpretiert, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sich sowohl die Ökologie als auch das Soziale nach den Erfordernissen der Wirtschaft zu richten hat. D. h. wir reden in der Umdefinition von Rio nicht mehr von Sicherung der existenziellen Lebensgrundlagen heutiger und kommender Generationen, sondern von der Unterordnung dieser Ziele unter den Primat der Ökonomie. Wenn man nun eine kritische Bilanz zieht, was seit 1992 real passiert ist, werden wir feststellen, dass keines der zentralen Ziele von Rio erreicht wurde:

- Wir haben weder die Klimaemissionen entsprechend reduziert, ganz im Gegenteil. Das Kyoto-Protokoll ist zwar inzwischen auf den Weg gebracht, aber wir haben eine der größten Nachfrager nach Erdöl und Erdgas ausgenommen, nämlich China und Indien. China und Indien werden spätestens in sieben Jahren bei gleichbleibender Nachfrage die USA als weltgrößter Nachfrager nach Erdöl und Erdgas eingeholt haben. China hatte ein Veto gegen die UNO-Präsenz in Somalia eingelegt. Warum? Weil dort riesige Erdölvorräte vermutet werden und China den direkten Zugriff auf diese Erdölvorräte sich entsprechend sichern will. Das heißt, wir erleben inzwischen eine massive und auch kriegerische Auseinandersetzung um knapper werdende Ressourcen. Der Irakkrieg war sicherlich nur ein Vorbote. Und sehr vieles, was man als normaler Bürger nicht nachvollziehen kann, hat hier seine wahren Ursachen.
- Wir haben auch in der europäischen Union das Klimaschutzziel nicht erreicht. Wir haben es in Deutschland partiell nur deshalb erreicht, weil in Ostdeutschland ein riesiger Kahlschlag der gesamten alten Industrie erfolgte, der mit wesentlich weniger CO₂-Emissionen verbunden ist. Aber wir sind im Bereich Klimaschutz weltweit sehr weit entfernt von den eigentlichen Erfordernissen.
- Wir haben das zentrale Ziel „Erhaltung der Biodiversität“ nicht erreicht, da das Artensterben nicht abgenommen sondern zugenommen hat. Jedes Jahr verschwindet vor allem in den tropischen Regenwäldern ein Gebiet fünfmal so groß wie Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Hälfte der Arten ausgerottet haben, bevor wir sie überhaupt identifizieren konnten. Und die Waldzerstörung ist inzwischen nicht nur in den tropischen Regenwäldern, sondern genauso in dem borealen Nadelwaldgürteln in der nördlichen Erdhalbkugel von Kanada bis Sibirien fortgeschritten, wo vor allem japanische Konzerne in Sibirien riesige Wälder gekauft haben, um sie massiv auszubeuten.

Folgende wenige Beispiele dokumentieren, dass wir weit über unsere Verhältnisse leben.

- Beispiel globaler Wasserstress: In den ariden und semiariden Gebieten wird mehr als 40 % des natürlichen Wasserangebots bereits der Natur entnommen. Im Zeitraum von 1995 bis 2005 hat die Zahl der Länder mit Wasserstress massiv zugenommen, und die für 2035 prognostizierte Wasserentnahme ist bereits im Jahr 2005 die Realität. Wir haben also nicht nur keine Reduzierung, sondern eine massive Zunahme des Ressourcenverbrauchs.
- Wir haben es im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht geschafft, tatsächlich eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu bringen. Die Entwicklungshilfe ist seit Rio geringer geworden. Sie kennen vielleicht die Bemühungen der Europäischen Union, über die Kerosinabgabe hier zu entsprechende Verbesserungen zu kommen.
- Der Ressourcenverbrauch hat insgesamt zugenommen, obwohl wir partiell in einigen Industrienationen eine Entkoppelung geschafft haben. Das Recycling stagniert zwischen 30 und 50 Prozent.
- Die Ungleichgewichte in der Welt sind höher denn je. Sie sind im Zeitraum von 1960 bis 1997 von damals 30:1 auf heute 74:1 angestiegen. Das heißt, die Ärmsten sind noch ärmer geworden und ihre Zahl hat sich erhöht.
- Wir haben im Bereich Soziales nur im Bereich der sanitären Versorgung und der Zahl der Analphabeten eine Verringerung erreicht. Aber 1990 gab es bereits 1,2 Milliarden, 1998 ebenfalls 1,2 Milliarden Menschen, die am Tag weniger als zwei US-Dollar als Einkommen haben.
- Wir haben auch im Bereich der Kindersterblichkeit keine entscheidenden Fortschritte erreicht. Diese Zahlen ließen sich beliebig fortführen.

Wir haben also keinen Anlass, uns auf irgendwelchen scheinbaren Erfolgen auszuruhen, auch nicht im nationalen Bereich, wo wir durchaus gewisse Verbesserungen erzielt haben:

- Die Reduzierung der Versauerungsgase, zurückgehend vor allem auf die 90prozentige Reduzierung der Schwefeldioxid-Emissionen, ist der größte Erfolg unserer nationalen Umweltpolitik, der durch den massiven Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern - Stichwort Waldsterbensdiskussion Anfang der 80er Jahre - erzielt wurde.
- Wir haben im Bereich der Wasserentnahme und der Wasserabgabe entsprechende Verringerungen. Sie gehen vor allem auf das gestiegene Kostenbewusstsein der Industrie zurück. Hier haben wir die deutlichsten Verbrauchreduzierungen, weil entsprechend härter gerechnet worden ist. Deshalb hat man gespart und damit auch Ressourcen geschont.
- Wir haben aber ein zentrales, ungelöstes Umweltprobleme, nämlich dass wir im Bereich der Siedlungs- und Verkehrsfläche nach wie vor massive Zuwächse haben. So werden Tag für Tag in Deutschland mehr als 100 Hektar land- oder forstwirtschaftliche Flächen überbaut für Straßen, Gewerbe und Wohnen.

Wir haben also weder international noch national Anlass, uns auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir haben vor allem deswegen keinen Anlass, weil sich dramatische Veränderungen durch den Klimawandel ergeben. Hier hat man lange behauptet, er würde nur die Ärmsten der Armen durch den Anstieg der Meere treffen. Und damit haben wir die Klammer von Umwelt und sozialen Fragen, denn insgesamt sind die Ärmsten der Armen von der Zerstörung der Umwelt, auch der Zerstörung von entsprechenden regionalen oder nationalen Ressourcen am stärksten betroffen. Nun, inzwischen wissen wir, dass der Klimawandel nicht nur die Ärmsten der Armen trifft. Der Klimawandel geht einher mit Extremata im Niederschlag. Innerhalb von wenigen Stunden kann der Halbjahresniederschlag fallen, wie wir das vor wenigen Tagen in Süd-Spanien erlebt haben. Und dann ist es aber wieder ein halbes Jahr lang extrem trocken. Hätte sich 2002 beim Elbe-Hochwasser der maximale Niederschlag nicht im

Böhmischen Becken abgerechnet und hätten wir nicht an der Elbe die entsprechenden großen Überschwemmungsgebiete gehabt und wären dort nicht die Deiche gebrochen, hätten wir eine riesige Katastrophe in Hamburg erlebt. Wenn der Niederschlag sich vor dem Bayerischen Wald abgerechnet hätte, hätten wir ein Schadensereignis gehabt, welches im Donaubereich mindestens vier- bis fünfmal größer gewesen wäre als am Rhein, weil dort die Siedlungen wesentlich weiter entfernt vom Fluss liegen. Die inzwischen berechneten Schadensprognosen einiger solcher Katastrophen gehen von Kosten von 170 Milliarden Euro aus.

Wirtschaften gegen die Natur beginnt sich also zunehmend brutal ökonomisch auszuwirken. Menschen in den betroffenen Gebieten verarmen. Ihre Häuser sind nicht mehr verkäuflich. Die Versicherungen zahlen keinen Schaden, und die Kluft zwischen den versicherten Schäden und den volkswirtschaftlichen Schäden wird immer größer. Den Betroffenen kann immer weniger geholfen werden. Denn die Staaten haben eben auch keine Möglichkeiten mehr, entsprechende Schäden auszugleichen. Von daher ist es notwendiger denn je, tatsächlich Umweltschutz und soziale Verantwortung wahrzunehmen. Von 1998 bis 2002 hatten wir in der EU 100 größere Hochwasserereignisse mit über 700 Toten, über eine halbe Million Menschen sind obdachlos geworden. Aber natürlich nicht auf einmal, nicht so spektakulär. Es sind ja über 100 Einzelereignisse und insgesamt 25 Milliarden Euro versicherte Schäden. Was wir bis vor wenigen Jahren nur im Fernsehen in anderen Ländern betrachtet haben, trifft uns nun. Und es kann sich niemand sicher fühlen, auch nicht derjenige, der am Hang wohnt, denn der Hang kann plötzlich nach starken Regenfällen ins rutschen geraten.

Die zentrale Bedeutung der Sicherung von Lebensgrundlagen für uns und für kommende Generationen spielt aus meiner Sicht deshalb keine Rolle, weil häufig die Verantwortlichen - ich verallgemeinere jetzt Politik, Wirtschaft und Verwaltung - ökologische Analphabeten sind. Weil sie nämlich über die Zusammenhänge des Naturhaushaltes so gut wie keine Ahnung haben. Im Unterschied zu Fragen der Wirtschaft ist es aber kein Problem für die Verantwortlichen, in Fragen der Ökologie nichts zu wissen, obwohl sie mit ihren Entscheidungen ökologische Veränderungen bewirken können. Zudem ist der Begriff der Nachhaltigkeit zu einem Begriff der Beliebigkeit verkommen. Nachhaltig ist heute alles und jedes. Nachhaltig ist der Straßenbau genauso wie die Finanzwirtschaft. Der Missbrauch dieses Begriffs fällt leicht, da nur ungefähr 25 % der deutschen Bevölkerung etwas mit diesem Begriff anfangen können. Dies darf uns wiederum nicht wundern, da über diesen Begriff und seine Bedeutung hauptsächlich in den klassischen Minderheitsprogrammen der Medien informiert wird. Wir sind damit in einer Situation, in der wir mit diesen Botschaften immer weniger Menschen erreichen, nicht zuletzt weil auch der Zeitgeist ein anderer ist. Das Leitbild unserer weltweiten Entwicklung ist nicht mehr das Prinzip der Nachhaltigkeit, das Leitbild ist inzwischen der schrankenlose Freihandel.

Weshalb ist der Freihandel inzwischen das Leitbild? Er ist es deshalb geworden, weil zwei Jahre nach Rio 1994 der Welthandelsvertrag in Marrakesch zustande kam. Dieser wurde von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Verträge von Marrakesch wurden auch in einem enormen Tempo durch den deutschen Bundestag „gepeitscht“, sie waren teilweise noch nicht einmal vom Englischen ins Deutsche übersetzt. Nur eine Hand voll Abgeordneter hat damals dagegen gestimmt. Seit dieser Zeit verstehen wir unter Globalisierung nicht mehr die gemeinsame Verantwortung für eine Welt - Motto: Global Denken, Global Handeln - die Durchsetzung der Menschenrechte, den Einsatz für sozialen Ausgleich, den Einsatz für Ausgestaltung der Handelsrechte zu einem Kodex internationalen Handelns, die Kooperationsregeln zur friedlichen Beilegung von Konflikten; wir sprechen also nicht mehr von einer globalen, weltweiten sozialen Verantwortung, wie sie noch Jimmy Carter in dem Buch "Global 2000" im Bericht zur Lage der Umwelt und auch zur Lage der sozialen Systeme weltweit

vorgelegt hat. Seit Marrakesch sprechen wir von dem Erfordernis eines schrankenlosen Freihandels: Je umfassender, je schneller die Zollschranken fallen, je ungehemmter Waren, Kapital und Dienstleistungen ausgetauscht werden, je mehr Unternehmen fusionieren, je größer das Wachstum, je breiter die Handelsströme, je konformer die Marktregeln, je mehr Privatisierung, je weniger Staatsintervention, desto besser soll es der Menschheit nach diesem neuen Wirtschaftsdogma auf der Welt gehen. Es geht dabei offiziell um die Mehrung des weltweiten Wohlstandes. Deshalb müssen natürlich nationale Sozial- und Umweltstandards beachtende Wirtschaftssysteme zurückstehen. Sie werden folgerichtig als protektionistisch diffamiert. Damit wird das eigentliche Ziel immer deutlicher vertreten, nämlich der Abbau von Sozial- und Umweltstandards im Zeichen der Beseitigung von Handels- und Wettbewerbshemmnissen zugunsten der Steigerung privater Gewinne.

Auch das Abkommen zum Freihandel von Dienstleistungen ist immer noch in der Diskussion. Es hat letztendlich die gleichen Ziele, nämlich durch massiven Kostendruck private Erträge zu steigern. Seit Marrakesch gibt es eine zunehmende Dominanz wirtschaftlicher Fragen. Dabei klafft die virtuelle und die reale Ökonomie immer stärker auseinander. So haben die täglichen Transaktionen auf den Devisenmärkten inzwischen eine Größenordnung von 700 Milliarden Dollar. Denen steht ein Welthandelsvolumen von 17 Milliarden Dollar pro Tag gegenüber. Wir haben damit eine völlige Entkoppelung der Geldströme - welche in Bruchteilen von Sekunden um die Welt transferiert werden - von den realen Waren und Dienstleistungen. Hinter dieser Entwicklung stecken natürlich große Finanzinvestmentgesellschaften und weltweit operierende Konzerne, die alle in der nördlichen Erdhalbkugel angesiedelt sind.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass Umwelt- und sozialen Fragen kaum mehr den ihnen gebührenden Stellenwert haben. Es gibt deshalb auch eine zunehmende Kritik an dieser zerstörerischen Entwicklung, die sich z.B. aktuell auch an der weltweiten Patentierung von Arzneipflanzen tropischer Regionen durch multinationale Konzerne entzündet, welche letztlich damit ein Weltnaturerbe privatisieren wollen.

Es gibt hoffentlich auch bald überfällige Grundsatzdiskussionen in den demokratisch gewählten Parlamenten, was sie überhaupt noch bewirken können angesichts der realen Machtverhältnisse. Wir glauben als Staatsbürger immer noch, wir könnten Entscheidendes durch Wahlen beeinflussen, wo doch Konzernvorstände mit zigtausenden von Arbeitnehmern und Milliardenumsätzen mehr denn je Politik zu ihren ökonomischen Gunsten beeinflussen. Aus meiner Sicht ergibt sich daraus die Konsequenz, dass gerader der Welthandelsvertrag nicht länger als Dachvertrag gelten darf, dem alle anderen internationalen Umwelt- und Sozialverträge sich unterzuordnen haben. Das ist die wichtigste zentrale Forderung, für die wir kämpfen müssen. Und wir müssen dies auch in Deutschland thematisieren, denn ansonsten haben wir keine Chance, da weiter hinter verschlossenen Türen die zentralen Weichenstellungen zugunsten der Konzerne getroffen werden. Wir können dann nur noch zuschauen, und am Ende entscheiden dann bei einer WTO-Klage drei Personen, ob der Klage stattgegeben wird oder nicht. Im Moment läuft die Klage der USA vor der WTO gegen die Europäische Union wegen ihrer restriktiven Haltung zur Gentechnik, damit verstößt die EU nach Meinung der USA und der Großkonzerne, wie Monsanto, gegen den Freihandel. Denn sie wollen mit genmanipulierten Pflanzen den europäischen Markt erobern. Diese Klage wird also von drei Personen entschieden, in nichtöffentlichen Sitzungen und ohne demokratische Kontrolle durch nationale und internationale Parlamente. Es ist damit über den Freihandel gelungen, eine zwischenstaatliche Ebene einzuschieben, die in der Tat demokratisch nicht legitimiert ist. Daher müssen wir erreichen, dass für solche Streitigkeiten der Internationale Gerichtshof in Den Haag zuständig wird. Es müssen parallel die Umwelt- und Sozialstandards entsprechend gesichert werden, und es muss das Prinzip der Umkehr der ökologischen Bereitschaft

im Welthandel gelten. Nämlich, dass durch Importe, aus Ländern, in denen entsprechende Standards nicht beachtet werden, nicht unsere höheren nationalen Standards ausgehebelt werden dürfen.

- Es gilt, eine Debatte zu führen, dass Umwelt, Ökologie und Soziales kein Luxus sondern Überlebensnotwendigkeit sind, dass wir endlich Maß halten und nehmen müssen in unserem Wirtschaften, wobei wir uns am Vorbild des Wirtschaftens der Natur zu orientieren haben. Denn ansonsten wird die 150jährige Geschichte der Industriegesellschaft nur eine relativ kurze Episode bleiben, weil wir in kürzester Zeit unsere gemeinsame Lebensgrundlage vernichtet haben.
- Wir müssen erkennen, wie die Natur seit Milliarden von Jahren mit immer größerer Vielfalt wirtschaftet: Sonnenenergie wird durch die grünen Pflanzen als Produzenten und durch Tiere als Konsumenten vielfältig genutzt. Alles was stirbt wird durch die Destruenten in seine anorganischen Bestandteile zerlegt, und diese stehen dem Kreislauf wieder als Ressource zur Verfügung. Das bedeutet für uns: Die Sonne ist die zentrale Energiequelle, wir müssen sie direkt oder indirekt optimiert nutzen und deshalb die Nutzung fossiler Energieträger, aber auch der Atomenergie wegen ihrer grundsätzlichen Nichtbeherrschbarkeit und ethischen Unvertretbarkeit beenden. Kohle oder Atomenergie ist nicht die Alternative, sondern die drastische Verringerung der Energieverbräuche durch eine Effizienzrevolution um 70 Prozent und die erneuerbaren Energien.
- Wir müssen es schaffen, dass wir bereits bei Produktionsbeginn an das Ende denken, um auf Dauer die Konsummöglichkeiten zu sichern – Als Stichwort möge hier genügen: Reparaturfähigkeit von Produkten. Wo ist das heute noch ein Kriterium? Die Reparatur kostet bei uns im Regelfall mehr als das Neuanschaffen. Wegwerfen ist für uns inzwischen selbstverständlich geworden. Ohne dass es uns bewusst ist, sind wir mehr denn je in eine Wegwerfgesellschaft, auch durch den permanenten Ersatz der vorhandenen PCs durch noch leistungsfähigere Geräte, reingeschlittert.
- Wir müssen erkennen, Wirtschaften der Natur heißt: Beachtung des Prinzips der Vielfalt. Die Natur kennt nur auf wenigen Sonderstandorten Monokulturen, ansonsten herrscht das Prinzip der Vielfalt und damit Stabilität zu sichern. Übertragen auf unsere Gesellschaft bedeutet dies, dass viele Unternehmungen die Garanten eines sicheren, zukunftsfähigen Systems sind, und nicht einige wenige monopolistische Unternehmungen.
- Wir müssen erkennen, dass das Prinzip der Natur auch Konkurrenz heißt. Aber wir sind gut beraten, das Prinzip der Konkurrenz nicht zum zentralen Prinzip zu machen. Weil es nämlich dann ein mörderisches, ein zerstörerisches Prinzip ist. Denn gerade die Natur zeigt uns, dass die Individuen der Arten und die Arten selbst nicht nur miteinander um Licht, Nahrung, Standort und Vermehrung konkurrieren, sondern auch kooperieren. So sind häufig im ersten Blick als Konkurrenzsysteme erscheinende, ökologische Prozesse Ergebnis hochkomplexer Kooperation, wie z.B. die Mykorrhiza-Symbiose von Bäumen und Pilzen dokumentiert.

Was heißt das für uns ganz konkret? Es bedeutet, dass wir in einer Zeit von vier bis fünf Millionen Arbeitslosen gefordert sind, endlich Systeme zu entwickeln, in denen wir die Umwelt entlasten und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen. Dabei haben wir als hoch entwickeltes Land entsprechende gewaltige Chancen, so z.B. in der Energiepolitik. Wir reden alle von der Durchsetzung erneuerbarer Energie und vom notwendigen Ausstieg aus der Atomenergie. Aber wir reden viel zu wenig von der Reduzierung der Verbräuche und davon, dass wir hier die größten Potenziale haben. Allein durch den Einsatz von Effizienz-Techniken können wir

ohne Verzicht auf Mobilität, auf Licht, Wärme und Komfort bei gleichem Wohlstand, aber bei wesentlich mehr Arbeitsplätzen, den Energieverbrauch um 50 bis 70 Prozent reduzieren.

- Dabei ist eines der größten Potenziale die Verringerung der Wärmeverluste bei der Heizung. Bei Altgebäuden beheizen wir häufig eher das Freie als die Zimmer. Wenn wir energetisch sanieren, denken wir vielleicht noch an den Ersatz der alten Fenster, aber kaum mehr an die Wärmedämmung der Außenhülle der Gebäude. Allein damit kann der Ölverbrauch von 30 Liter/m² auf 3 Liter/m², also auf ein Zehntel, reduziert werden. Dieses Potenzial kann aber nicht durch große Konzerne genutzt werden - hier braucht man das Handwerk, hier braucht man entsprechende Beratung. Das sind hunderttausende von dezentralen Arbeitsplätzen, die in der jeweiligen Region entstehen können, die Kosten sparen und eine sinnvolle Energiepolitik umsetzen.
- Auch durch Kraftwärmekoppelung und damit durch die Erhöhung des Wirkungsgrades von 40 auf 80 %, kann der Primärenergieverbrauch massiv reduziert werden. Bis heute führt die Kraftwärmekopplung ein Mauerblümchendasein.
- Der Ökologische Landbau leistet allein durch den Verzicht auf Stickstoffdünger den wichtigsten Beitrag zum Klimaschutz, verursacht um 60 Prozent weniger klimarelevante Gase als der konventionelle Landbau und sichert nachhaltig unsere Lebensgrundlagen.
- Lassen Sie mich als letztes Beispiel noch die Haushaltsgeräte aufführen, die deutlich weniger bei gleicher Leistung verbrauchen und welche tatsächlich ohne Standby-Betrieb abschaltbar sind. Denn alleine für den Standby-Betrieb der Elektrogeräte benötigen wir in Deutschland die Stromproduktion von zwei Atomkraftwerken, das heißt ohne tatsächliche Nutzung der Geräte benötigen wir unvorstellbare Strommengen.

Alle diese Maßnahmen erfordern Investitionen und gesetzliche Maßnahmen. Alle die Maßnahmen führen zu einem Mehr an Arbeitsplätzen. Alle diese Maßnahmen setzen auch Innovation und Kreativität voraus. Wir können deshalb als hochentwickeltes Land wohl die Schaffung von Arbeitsplätzen mit der Umweltentlastung verknüpfen und damit mit einem echten Fortschritt. Voraussetzung dafür ist, dass endlich die entsprechenden Rahmen richtig gesetzt werden. Dies heißt, dass wir uns auf deutscher, auf europäischer und auf internationaler Ebene einsetzen müssen für das **Prinzip der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft**. Dieses Prinzip akzeptiert das Wettbewerbsprinzip als ein wichtiges, auch Innovationen voraussetzendes Prinzip. Aber es sagt genauso, Wettbewerb braucht einen Rahmen, braucht Grenzen im sozialen Bereich genauso wie im ökologischen Bereich. Wir müssen dabei als erstes das Verursacherprinzip durchsetzen, indem die externen Kosten internalisiert werden und damit über die Preise auch die ökologische und soziale Wahrheit sagen.

Zurzeit erleben wir genau das Gegenteil. Das Verursacherprinzip kommt vielleicht noch beim kleinen Mann zum Tragen, der unter Bürokratien zu leiden hat. Je größer das Unternehmen, umso weniger die Kontrolle:

- Ein Beispiel aus dem Bereich Landwirtschaft: Der geringsten Kontrolle in Deutschland unterliegt die industrielle Tierhaltung. Sie unterliegt nämlich nicht den normalen Prüfsystemen, sondern den gewerblichen Prüfsystemen und hat damit die geringste Kontrolldichte. Die Lebensmittelproduktionskandale beweisen leider fast regelmäßig diese Aussage. Das Verursacherprinzip wird im Regelfall bei uns auch dadurch außer Kraft gesetzt, dass man verlagert. Was hilft es, ein Käfighaltungsverbot bei uns durchzusetzen, wenn dann die Legehaltungsbatterien in anderen Ländern entstehen und der Verbraucher durch fehlende Kennzeichnung von Produkten aus Eiern aus Legehennenhaltungsbatterien keine Entscheidungsmöglichkeit hat. Wir können damit durch Kennzeichnung diesen Prozess der permanenten Verlagerung und Unterlau-

fung von ökologischen und sozialen Standards reduzieren. Freie Importe ohne Transparenz heißt, dass nationale Standards durch Preisvorteil ausgehebelt werden.

- Wenn wir im Bereich der mittelständischen Brauereien keinen eigenen Verband hätten, hätten wir keine Chance gehabt, die Einwegdose in Deutschland letztendlich mit Pfandsystem zu versehen. Denn die Großbrauereien hatten mit Hilfe der Einwegdose und ihrer billigeren Produktionskosten versucht, die kleinen Brauer als Marktkonkurrenten aus dem Wettbewerb zu schmeißen. Wir hätten damit ein umweltverträgliches Kreislaufwirtschaftssystem zu Gunsten umweltschädlicher Einwegproduktion verloren. Organisationen, welche tatsächlich noch die Interessen der kleineren und mittleren Unternehmen vertreten, haben wir aber leider Gottes in vielen anderen Bereichen nicht mehr.
- Einer der wichtigsten Maßnahmen, durch welche das Verursacherprinzip ausgehebelt wird, ist die Subventionierung. Als Beispiel sei dafür kurz aufgeführt die Nichtversteuerung des Flugbenzins. Wir haben dadurch im Flugverkehr die höchste Subventionierung, die in Deutschland nur im nationalen Flugverkehr einen Betrag von über 12 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht. Durch diese Subventionierung wird es möglich, dass zu uns Produkte aus der ganzen Welt konkurrenzlos billig gebracht werden können und jede nationale Ökonomie damit in die Knie geht. Beispiel: Die Importe von frischem Lammfleisch aus Wellington, Neuseeland. Dort kann wegen der nicht notwendigen Winterstallhaltung und wegen großer, zusammenhängender Weideflächen Lammfleisch zur Hälfte des Preises produziert werden. Die Transportkosten führen wegen der Subventionierung zu keiner merkbaren Verteuerung, so dass Lammfleisch über die halbe Welt aus Neuseeland transportiert in Eichstätt angeboten wird als Juralamm.
- Wir haben neben der massiven Wettbewerbsverzerrung durch die Subventionierung von Energie noch die massive Wettbewerbsverzerrung durch Investitionssubventionierungen. Vor wenigen Tagen erst hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes in Rostock seine Landwirte aufgefordert, gegen die Preissituation im Milchbereich zu demonstrieren. Wo war er, der gleiche Bauernpräsident, als die großen Molkereien wie Müller-Milch in Deutschland entstanden? Wo war der Freistaat Bayern mit seiner angeblichen Mittelstandspolitik, als es darum ging, die Weihenstephaner Molkerei zu erhalten? Man hat dieses ehemalige staatliche Aushängeschild bayerischer Agrarpolitik als Premiummarke an Müller-Milch gegeben. Wo waren die Wettbewerbshüter der Union, als Müller-Milch 30 Millionen Euro an europäischen Subventionen und 40 Millionen Euro an Landesmitteln zum Aufbau der größten Molkerei in Sachsen bekommen hat, die in der Lage ist, 10 % der deutschen Milch zu verarbeiten? Mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen wurden diese Subventionen begründet und durchgesetzt. Am Tag aber, als die Firma Müller-Milch diese neue Molkerei in Sachsen eröffnet hat, hat sie zwei von ihr vor einigen Jahren aufgekaufte Molkereien in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geschlossen und damit 40 Arbeitsplätzen mehr abgebaut, als sie maximal in Sachsen schaffen wird. Die Investition von Müller-Milch in Sachsen wird dort als Fortschritt angegeben, der in Wirklichkeit aber durch Kostendruck noch viele andere Molkereien aus dem Markt verdrängen wird. Diese Subventionen fördern damit die Großstruktur zulasten des Mittelstand der Region, der Umwelt und der Arbeitsplätze.
- Wir wundern uns über die massive Zunahme von LKW-Transporten auf unseren Autobahnen, die auch mit sozialem Dumping zusammenhängen. Wir wissen aus vielen Berichten, dass menschenunwürdigste Arbeitsbedingungen im internationalen LKW-Speditionsgewerbe herrschen, dass soziale Standards offensichtlich nicht mehr greifen und dass Unternehmen, welche deutsche Standards einhalten, massive wirtschaftliche Nachteile haben. Auch die Bahn, welche wesentlich strengeren Auflagen

unterzogen ist, hat durch diese Situation erhebliche Wettbewerbsnachteile im Güterverkehr.

Wir brauchen deshalb einen verbindlichen Rahmen für unsere Wirtschaft, sowohl national, als auch europäisch als auch weltweit. Eine der wichtigsten Initiativen dazu hat Franz Riegler, der frühere österreichische Vizekanzler, gemeinsam mit Prof. Dr. Franz Radermacher durch die Forderung nach einer ökosozialen Marktwirtschaft und eines Global-Marshall-Plan ergriffen. Durch Umschichtung entsprechender Fördergelder soll den Ärmsten der Armen geholfen und gleichzeitig sollen weltweite ökosoziale Rahmensetzungen durchgesetzt werden.

Wir brauchen als ein wesentliches Merkmal der ökosozialen Marktwirtschaft Produkttransparenz, Stichwort: Gentechnik. Wir müssen wissen, was wir essen. Bis heute wird den europäischen Verbrauchern die Produkttransparenz vorenthalten, indem auch die Verfütterung von genmanipulierten Pflanzen nicht zur Deklaration für Milch, Fleisch und Eiern als genetisch veränderte Produkte führt. Wir brauchen eine ökosoziale Überprüfung der staatlichen Förderungs- und Investitionsprogramme. Ich halte das für eine der wichtigsten Maßnahmen, wo nationale Politik noch korrigierend tätig werden kann. Wir müssen diesen Grundsätzen gerade bei öffentlichen Investitionen entsprechend Rechnung tragen. Wir dürfen auch öffentliche Güter, wie Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Abfallbehandlung, nicht Privatisierungen anheim geben. Wir müssen auch die Freiheit von Forschung und Lehre im Bereich der Hochschulen sichern. Wo bleibt die Breite der Ausbildung angesichts der wachsenden Studentenzahlen und stagnierender Hochschullehrer-Verpflichtungen. Wo bleibt die Qualität in der Breite. Wir orientieren uns an einigen wenigen nordamerikanischen Universitäten. Wo bleibt die echte Freiheit von Forschung und Lehre, wenn wir inzwischen die fatale Entwicklung haben, dass die Hochschulen immer mehr von industriebezahlten Drittmittelförderungen abhängig werden, dass letztendlich in vielen Bereichen sie überhaupt keine eigene Forschung mehr machen können, ohne dass die Wirtschaft ihnen zur Seite springt. Wir brauchen die Förderung zukunftsverträglicher Innovationen und der ganzheitlichen Bildung. Wir brauchen auch eine Förderung regionaler Strukturen und partizipatorischer Prozesse.

Wir können für unser Bundesland sagen, dass ohne die kommunalen Bürgerentscheide, ohne das Instrument der Volksbegehren auf Landesebene, wir auch im Umweltbereich nicht das erreicht hätten, was wir bewirkt haben. So gäbe es bis heute kein Staatsziel Umweltschutz mit entsprechenden Verpflichtungen in der bayerischen Verfassung, wenn nicht Anfang der 80er Jahre ein Volksbegehren zur Rettung der Wälder vom früheren SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Helmut Rothmund und von mir in einer gemeinsamen Pressekonzferenz angedroht worden wäre. Wir hätten in Bayern heute zusätzliche 16 Müllverbrennungsanlagen, die die kommunalen Gebührenzahler mit Milliarden Euro Kosten belastet hätten, wenn nicht Anfang der 90er Jahre die Bürgeraktion „Das bessere Müllkonzept“ und der Bund Naturschutz über das Volksbegehren Abfall ein anderes Abfall-Wirtschaftsgesetz mit der Verpflichtung zur Abfallvorsortierung auf den Weg gebracht hätten. Dadurch konnte die Recycling-Quote von 30 Prozent auf 70 Prozent gesteigert werden. Und dies hat wiederum 16 geplante Müllverbrennungsanlagen den Müll zur Verbrennung entzogen und sie deshalb überflüssig gemacht.

Partizipation ist gerade im Umwelt- und im Sozialbereich die Voraussetzung zur Sicherung und zur Verbesserung entsprechender Standards. Wir brauchen sicherlich auch eine Entlastung der Arbeitskosten durch Fortführung der ökologisch sozialen Steuerreform. Wir sind der Meinung, es muss eine ganzheitliche, ökologische und soziale Finanzreform geben. Es dür-

fen nicht diejenigen, die das Maximum an Arbeitsplätzen vorhalten, dafür bestraft werden, sondern sie müssen durch entsprechende steuerliche Entlastungen honoriert werden.

Wir brauchen endlich ein Leitbild, welches die Erhaltung von Arbeitsplätzen honoriert. Die Landwirtschaft von Mecklenburg-Vorpommern wurde kürzlich als vorbildhaft für Deutschland beschrieben, weil sie die höchste Rationalisierungsrate und die wenigsten Arbeitsplätze pro Hektar hat. In einem Zeitraum von gerade 10 Jahren wurde die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern von 200.000 auf 20.000 abgebaut. Bei einer Arbeitslosenquote von fast 20 Prozent kann und darf dies doch aber nicht länger als Fortschritt angesehen werden.

Wir brauchen sicherlich ein anderes Steuersystem, welches nämlich den sparsamen haushälterischen Umgang belohnt. Welches gerecht ist, welches nicht große Nachfrage bevorzugt. Deswegen der Einsatz von uns auch für eine Primärenergiesteuer, für Flächenverbrauchssteuer, bis hin zur entsprechenden Bodenwertssteigerungsabgaben. Und wir brauchen im Rahmen einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft eine neue Bewertung ehrenamtlicher Leistungen im sozialen und im umweltschützerischen Bereich. Es reicht eben nicht mehr aus, wenn man diese durch eine Medaillenüberreichung für jahrzehntelange gesellschaftlich notwendige und gewünschte ehrenamtliche Leistung honoriert, sondern wir brauchen andere, auch finanziell wirksame Honorierungssysteme. Denn sonst dürfen wir uns über den Rückgang des Ehrenamts in zahlreichen Bereichen nicht wundern.

Wir haben also noch viel zu tun. Wir müssen uns aber vor allem gemeinsam für ein anderes Wertebewusstsein einsetzen, für eine Debatte, in der erkannt wird, dass wir in einem endlichen und begrenzten System leben. Wir müssen deshalb damit haushälterisch umgehen, wir müssen Verantwortung übernehmen, sowohl für die Menschen, als auch für die Mitgeschöpfe. Wir müssen wirtschaftliche Macht begrenzen. Wir müssen Arbeit und auch Einkommen teilen lernen. Wir brauchen sozialen Austausch statt eine Zuspitzung auf Sicherung des Eigentums, national als auch privat. Wir brauchen eine Wirtschaftsethik und eine ganzheitliche Bildung. Das Leben darf nicht auf das Prinzip der Nützlichkeit reduziert werden. Wir sehen es an der Landschaft: Wir haben auf der einen Seite die Hochleistungslandschaft und auf der anderen Seite die Stilllegungsflächen. Wir haben auf der einen Seite den Hochleistungsmenschen, der bis zum letzten ausgepowert wird, und dann den Stilllegungsmenschen. Es ist an der Zeit, intelligentere Systeme zu entwickeln, welche zu ganzheitlichen Maßstäben und Lösungen kommen, welche letztendlich die gesamte Vielfalt des Lebens genauso anerkennen wie auch unsere kulturelle Vielfalt.

Wir haben damit in der Tat noch viel zu tun. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.